

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.593.945

Ihr Zeichen: 3094/J-NR/2025

Wien, 24. September 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Leonore Gewessler, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Juli 2025 unter der Nr. **3094/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichische Positionierung gegen Atomkraft in der EU“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- Welche Informationen liegen Ihrem Ministerium vor, wann ein Urteil zur Taxonomie-Klage Österreichs vor dem Gericht der Europäischen Union zu erwarten ist?

Das Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) wurde am 10. September 2025 in öffentlicher Sitzung verkündet. Die Nichtigkeitsklage wurde abgewiesen.

Zu den Fragen 2 bis 4:

- Mit welchen möglichen Szenarien rechnet Ihr Ministerium rund um das Urteil zur Taxonomie Klage? Welche Vorbereitungen werden für diese Szenarien getroffen?
- Plant Ihr Ministerium im Fall eines Berufungsverfahrens, das durch die EU-Kommission angestrengt wird, die österreichische Klage zur Taxonomie auch in

der nächsten Instanz weiter zu verfolgen? Welche Vorbereitungen werden für diesen Fall getroffen?

- Wird Ihr Ministerium den Instanzenzug beschreiten, wenn Österreich in der ersten Instanz nicht Recht zugesprochen wird? Welche Vorbereitungen werden für diesen Fall getroffen?

Derzeit erfolgt eine Prüfung des Urteils unter Einbeziehung des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten sowie des Bundesministeriums für Finanzen. Auf dieser Grundlage wird entschieden, ob ein Rechtsmittel gegen das Urteil ergriffen wird.

Zur Frage 5:

- Mit welchen externen Expert:innen arbeitet Ihr Ministerium im Rahmen der Taxonomie Klage zusammen? Wer übernimmt die rechtsfreundliche Vertretung/steuert Expertise bei?

Die Vorbereitung und Einbringung der Klage gegen die delegierte Verordnung wurde vom damaligen Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) initiiert und vom für Verfahren vor dem EuG federführend zuständigen Bundeskanzleramt begleitet. In die Vorbereitung der Klage waren seitens des Bundes darüber hinaus auch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das Bundesministerium für Finanzen sowie das damalige Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft involviert. Weiters wurde die Rechtsanwaltskanzlei Redeker Sellner Dahs (Standort Brüssel) mit der rechtlichen Unterstützung im Verfahren vor dem EuG beauftragt.

Zu den Fragen 6 bis 10:

- Welche Schritte unternimmt Österreich auf EU-Ebene, um neue Investitionen in die gefährliche Atomkraft (inklusive SMRs) möglichst zu verhindern sowie gegen direkte und indirekte EU-Beihilfen (Transferzahlungen, Garantieübernahmen, etc.) für Atomkraft einzutreten?
- Hat Österreich sich im EU-Umweltministerrat und in den vorbereitenden Ratsarbeitsgruppen und Stellungnahmen seit März 2025 gegen direkte und indirekte EU-Beihilfen für die Atomkraft-Lieferkette ausgesprochen? Wenn ja, wie und wann?
- Hat Ihr Ministerium seit März 2025 Kontakt mit Regierungen anderer EU-Länder aufgenommen, um gegen die Bereitstellung von direkten und indirekten EU-Förderungen für die Atomkraft-Lieferkette einzutreten? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

- Der deutsche Kanzler Friedrich Merz möchte laut Berichten „die Diskriminierung von Atomenergie auf EU-Ebene beenden“. Welche Position vertritt Österreich im Rat der Europäischen Union zu dieser Frage? Sind Sie oder Ihr Ministerium dazu mit dem Wirtschaftsminister sowie mit der deutschen Bundesregierung im Austausch? Wenn ja, wie und wann?
- Die deutsche Wirtschaftsministerin Katharina Reiche hält eine „Förderung französischer Atomanlagen mit EU-Mitteln auch für vorstellbar“. Welche Position vertritt Österreich im Rat der Europäischen Union zu dieser Frage? Sind Sie oder Ihr Ministerium dazu mit dem Wirtschaftsminister sowie mit der deutschen Bundesregierung im Austausch? Wenn ja, wie und wann?

Österreich wird – wie im Regierungsprogramm 2025-2029 festgeschrieben – seine klare Linie zur Kernenergie auf allen Ebenen weiter vertreten und gegen jegliche Form der Unterstützung der Kernkraft wie auch der direkten oder indirekten Förderung durch EU-Gemeinschaftsmittel eintreten.

Beim Umweltministerrat am 27. März 2025 wurde der Clean Industrial Deal behandelt. Österreich hat sowohl im Rahmen der Vorbereitungsgremien als auch beim Rat selbst die Entwicklung und Finanzierung von Nuklearprojekten aus EU-Gemeinschaftsmitteln kritisiert.

Am 17. September 2025 hat auf Einladung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft in Wien das Treffen der deutschsprachigen Länder auf administrativer Ebene stattgefunden, wo die direkten und indirekten Förderungen für die Kernkraft auch Thema waren.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

